

Sehr geehrter Herr Bartsch, Herr Dr. Rado, Herr Klenner, Herr Dr. Jung,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Broschüre, die wir Ihnen heute Abend vorstellen, ist zumindest rein äußerlich kein Schwergewicht. Lediglich 32 Seiten ist das Heft stark geworden. Entsprechend leicht scheint der Text auf den ersten Blick zu sein. Inhalt und Thema wiegen umso schwerer. „Wer Mitglied werden will, muß arischer Abstammung sein“ – schon der Titel verrät, dass wir es uns mit dieser Geschichte nicht leicht machen konnten. Tatsächlich haben wir mit der Vergangenheit buchstäblich gerungen. Ganz am Anfang stand die Idee, die Vereinsgeschichte in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus aufzuarbeiten.

Solch eine Aufarbeitung sollte nicht allein bei Daten und Zahlen oder bei den großen und kleineren Strukturen des historischen Geschehens stehenbleiben. All diese Dinge sind wichtig für unser Verständnis, aber im Mittelpunkt jeder Geschichte stehen Menschen – ihre Erlebnisse, Schicksalsschläge, Entscheidungen und Motive. Ziel war es also herauszufinden, was mit den jüdischen Mitgliedern des Vereins in der Zeit der Diktatur und des Zweiten Weltkriegs geschehen ist.

Lassen Sie uns mit den Menschen beginnen. Unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs gehörten dem Kölner Alpenverein 36 jüdische Mitglieder an, Mitte der 1920er Jahren waren es 29. Ihre Familien waren in Köln sozial und beruflich oft seit Generationen verwurzelt. Dazu zählten erfolgreiche Unternehmer wie Alfred Leonhard Tietz, eindrucksvolle Menschen wie der liberale Politiker Bernhard Falk, viele Ärzte, kleinere Kaufleute, Bankiers und Juristen. Mit der Unterstützung des NS-Dokumentationszentrums, vor allem durch Frau Dr. Barbara Becker-Jackli, und dank der Mithilfe von Nachkommen und Forschern wie Beate Nowack aus Köln ist uns möglich gewesen, einige – aber leider längst nicht alle – Schicksalswege aufzuklären.

Da ist zum Beispiel Dr. Eugen Rosenberg, geboren 1877 in Köln. Der ausgebildete Jurist arbeitete in den 1920er Jahren als Berater für das Kaufhaus Hermann & Tietz. Er gehörte der SPD an und war in Kölner Vereinen vielseitig aktiv. Dem Alpenverein trat er 1903 bei. Auch für das Wallraf-Richartz-Museum engagierte er sich als stellvertretender Schriftführer ehrenamtlich. Mitte März 1933 nahm ihn die Gestapo vorübergehend in sogenannte „Schutzhaff“. SS-Leute drangen in das Haus der Familie ein, sie zerschlugen die Einrichtung und stahlen balinesische Statuen sowie chinesische Vasen, die Rosenberg – ein begeisterter Kunstsammler – über Jahre hinweg zusammengetragen hatte. 14 Tage lang blieb Rosenberg in Haft. Aus seinem Beruf als Notar wurde er dann entlassen. In ständiger Furcht vor einer erneuter Verhaftung ging er mit Tochter Eva zuerst nach Berlin, dann folgten ständige Ortswechsel. Im Frühherbst 1934 entschied er sich zur Flucht aus Deutschland. Gemeinsam mit seiner Tochter schlug er sich über Genua, Allasio und Nizza nach Marseille durch. Ein kleines Schiff brachte sie nach Alexandria. Anfang Oktober erreichten sie ihr Ziel: Palästina. „Die deutsche Hölle“, notierte Tochter Eva in ihr Tagebuch, lag endlich hinter ihnen. Eugen Rosenberg litt schwer unter dem Verlust von Heimat, Freunden, Besitz und beruflicher Existenz. Er starb 1937. Ehefrau Alice war daheim in Köln geblieben. Möglicherweise wurde sie in der Kriegszeit, wie viele jüdische Bürgerinnen und Bürger Kölns, im Messelager Deutz interniert, von dort gen Osten deportiert und ermordet. Das Haus in Köln-Rodenkirchen, dessen Bau Eugen Rosenberg einst in Auftrag gegeben hatte, trägt heute seinen Namen.

Kurz nennen möchte ich an dieser Stelle auch Simon Heymann. Er war seit 1913 Mitglied im Kölner Alpenverein. Während des Ersten Weltkriegs führte er zunächst in Deutz, nach 1918 in Lindenthal und zuletzt in Nippes an der Blücherstraße ein Geschäft für Altkleider- und Altmetallhandel. Viele Juden verdienten in der Bekleidungsindustrie sowie im Textilhandel ihren Lebensunterhalt. Heymann sah sich – wie viele andere auch – bereits in der frühen Phase der NS-Diktatur gezwungen, sein Geschäft aufzugeben. Mit seiner Ehefrau Adela floh er 1938 – noch vor dem November-Pogrom – nach Belgien. Hier währte die Sicherheit nur kurz. Die Ausreise war dem Paar offenbar nicht rechtzeitig möglich, vielleicht verstrich die letzte Möglichkeit zur Flucht nach Westen. Während der deutschen Besatzung wurde das Ehepaar 1942 verhaftet und im SS-Sammellager Mechelen nahe der französischen Grenze interniert. Simon Heymann wurde nach Auschwitz deportiert und ist dort ermordet worden. Das Schicksal seiner Ehefrau ist ungeklärt.

Heute stehen wir mit einer Art Unverständnis beinahe sprachlos vor der gewaltigen Dimension der Entrechtung, gesellschaftlichen Ausgrenzung und Vertreibung, der staatlichen Brutalität und schließlich des Mordens im Holocaust. Die Frage, wie diese Verbrechen möglich wurden, hat Generationen von Historikerinnen und Historikern umgetrieben – und beschäftigt uns selbstverständlich noch heute und in Zukunft. „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz“, hat Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich der 70-Jahr-Gedenkfeier zur Befreiung des Konzentrationslagers durch die Rote Armee festgestellt. Die Frage nach den Ursachen, die den Holocaust möglich machten, muss und wird immer wieder neu aufgeworfen werden. Eine Antwort, die uns in jeder Hinsicht zufriedenstellt oder das Verbrechen gar nachvollziehbar machen würde, wird es nicht geben.

Am besten vielleicht, wir holen zu Beginn etwas weit aus, indem wir festhalten: Antisemitische Feindseligkeit und Hass auf die Juden haben in der europäischen Kulturgeschichte tiefe Wurzeln. In Deutschland gewährte die Verfassung von 1871 den Juden erstmals die rechtliche Gleichstellung. Dies war in jüngerer Zeit ein wichtiger Schritt auf dem Weg ihrer staatsbürgerlichen Emanzipation. Und es zeigt, dass sie in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu dieser Zeit integriert waren und ihr Engagement vielseitig anerkannt wurde.

Zeitgleich kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neue populistische und radikale Strömungen auf, die ihnen genau diese Teilhabe und rechtliche Gleichstellung streitig machten. Die „Berliner Bewegung“ des antisemitischen Predigers Adolf Stöcker wäre zu nennen. Sie gewann in den 1880er Jahren erheblichen Zulauf, weil sie die Ängste des städtischen Kleinbürgertums und der Landwirte vor sozialem Abstieg mit antisemitischen Ressentiments zu einer giftigen Mischung verband.

Vor allem jedoch die sogenannte völkische Bewegung verlieh dem modernen Antisemitismus Ende des 19. Jahrhunderts neue Bedeutung. Zu Beginn war sie ein gesellschaftliches Randphänomen gewesen – die bizarre Ideologie von einigermaßen schrulligen Esoterikern, neuen Heiden, radikalen Romantikern und Verschwörungstheoretikern. Im späten Kaiserreich verhalf der radikal-nationalistische Alldeutsche Verband – eine moderne Großorganisation mit Ortsgruppen, Zeitschriften, populären Rednern und vielfältiger Lobby-Tätigkeit – diesem Gedankengut wachsendes Gewicht und neuen Einfluss.

Die sogenannte „jüdische Frage“ war nun nicht mehr – wie noch bis weit in das 19. Jahrhundert hinein – eine Sache von Kultur oder Religion, der mit Taufe und Assimilation begegnet werden konnte. Die völkischen Gruppen des beginnenden 20. Jahrhunderts sprachen unter dem Einfluss moderner Lehren von reinem und vermeintlich unreinem „Blut“, von gegensätz-

lichen „Rassen“, deren Mischung den Niedergang von Volk und Nation begründe. Ein Ausbruch aus solchen festen Gesetzen des Blutes war nicht mehr möglich.

Der alte Antijudaismus erhielt so eine neue rassistische Begründung, die nach 1918 politisch noch dazu als Erklärung für die Schmach der Weltkriegsniederlage diente. Und das alles obwohl etwa einhunderttausend Juden an den Fronten des Ersten Weltkriegs für Deutschland gestorben waren.

In den chaotischen Wirren der Nachkriegszeit formierten sich die Völkischen in einer Vielzahl von Heimatvereinen sowie in paramilitärischen Organisationen, zum Teil in den Burschenschaften an den Universitäten oder in radikalen Geheimbünden wie der berühmten Thule-Gesellschaft, in der Nationalsozialisten wie Alfred Rosenberg oder Rudolf Heß früh verkehrten. Auch im politischen System der jungen Weimarer Republik begann sie Fuß zu fassen. Neben den älteren Alldeutschen Verband trat der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund mit immerhin rund 180.000 Mitgliedern, der in aller Offenheit gegen die Demokratie, die politische Linke und gegen die Juden hetzte, im politischen Kampf gar Mord als legitimes Mittel rechtfertigte.

Die politische Situation und die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre mündeten – wie wir wissen – im Aufstieg der NSDAP. Zu Beginn wichtiger war allerdings, dass in den Großparteien der frühen Weimarer Republik der Antisemitismus bereits hoffähig war. Die Deutschnationale Volkspartei, eine der wichtigsten Parteien der Weimarer Republik, besaß einen völkisch-rechtsextremen Flügel, der lautstark agitierend für die gesellschaftliche Separierung der Juden Stimmung machte. Von hier aus wurden antidemokratische und antisemitische Positionen gesamtgesellschaftlich verbreitet. Sie wirkten auf die Gesellschaft ein und vergiftete die politische Kultur.

Der Alpinismus war mit dieser völkischen Bewegung von Anbeginn verbunden. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts halfen die Alpenvereine dabei, die Berge zu erschließen: 1873 taten sich die Alpenvereine in Österreich und Deutschland zum Deutschen und Österreichischen Alpenverein zusammen. Seine Sektionen eröffneten neue Reisemöglichkeiten für das gehobene Bürgertum, sie bauten Hütten oder setzten sich für den Schutz von Natur und Heimat ein.

Zugleich ging dieses Engagement immer auch Hand in Hand mit politischen Motiven: Alpinisten verschrieben sich der sogenannten Volks- und Heimatpflege, manche kritisierten mitunter den neuen Massentourismus und den Konsum der modernen Industriegesellschaft; man sah in den Alpen jenen sozusagen paradiesischen Raum, in dem der Mensch wieder zu sich selbst und seiner wahren Natur zurückfinden könne, befreit von den Lasten der modernen Industriegesellschaft. In solche romantischen Ideale mischten sich oft religiöse oder kultische Ideen – und die Hoffnung auf einen „neuen“, eben gereinigten und besseren Menschen. Es ist wohl nicht verwunderlich, dass gerade hier – wenn auch längst nicht überall, so eben doch merklich – der moderne Rassismus einen günstigen Nährboden vorfand. Die Akademische Sektion Graz nahm bereits zu ihrer Gründung 1891 einen sogenannten „Arierparagraph“ in die Satzung auf; ebenso die 1899 gegründete Sektion „Mark Brandenburg“ und die 1905 gegründete Sektion Wien. Hier stand festgeschrieben: „Mitglieder können nur Deutsche arischer Abstammung werden“.

Die Niederlage im Ersten Weltkrieg ging, wie fast überall in der deutschen und österreichischen Gesellschaft, auch unter vielen Alpenbegeisterten mit einer politischen Radikalisierung einher: Alte Staatenordnungen zerbrachen, die europäischen Grenzen wurden neu gezogen,

Südtirol fiel an Italien – und viele Alpinisten waren überzeugt, die deutsche oder gar germanische Heimat sei bedroht und müsse gleichsam gegen äußere und innere Feinde verteidigt werden. Hier gewann die völkische Bewegung neuen Aufwind. An einigen alpinen Hütten befanden sich in den frühen 1920er Jahren bereits Hakenkreuz-Embleme oder es prangten Plakate an den Fassaden, auf denen Juden der Zutritt verboten wurde. 1922 schlossen sich 63 dieser Sektionen zum sogenannten „Deutschvölkischen Block“ zusammen, der für die Einführung eines allgemeinverbindlichen Arierparagraphen Stimmung machte und zunehmend Gewicht und Zuspruch fand.

Wir müssen diesen Befund allerdings wieder etwas einschränken: Der Alpinismus war mit der völkischen Bewegung nie völlig deckungsgleich oder identisch. Neben den radikalen Antisemiten stand eine Vielzahl von gemäßigten, durchaus fortschrittlichen und liberalen Alpenvereins-Sektionen. Juden waren vielerorts sogar bis in die 1930er Jahre hinein gut integriert. Als lebhafter Teil des Vereinsalltags bereicherten jüdische Mitglieder – wie hier in Köln – ihren Verein, manchmal mit hohem finanziellem oder organisatorischen Engagement, mindestens aber mit der eigenen Leidenschaft für die Natur, das Wandern oder Bergsteigen. In der Sektion Köln war die jüdische Bankiersfamilie Seligmann bis 1918 sogar über mehrere Generationen im Vorstand tätig; danach allerdings, was sogleich auffällig ist, waren Juden im Kölner Vorstand nicht mehr präsent.

Wie also hat sich der Kölner Alpenverein verhalten und wie positionierte er sich zu den völkischen Antisemiten? Wie ging er mit seinen jüdischen Mitgliedern um und was geschah nach 1933 mit ihnen? Mit diesen Fragen haben wir uns intensiv befasst – nicht selten auch darum gerungen. Das Ziel war es, die Verantwortung der Sektion offen zu benennen und eine Antwort auf die Frage zu wagen, wie es zu Unrecht und Verbrechen kommen konnte.

Die Antworten sind nicht so klar, wie wir es erwarten würden. Das Bild, das sich zeigt, ist weder makellos rein noch völlig finster. Vielleicht sind es gerade die Grautöne, die für das gesellschaftliche Klima und die Entwicklung im Deutschland der 1920er und 1930er Jahre insgesamt repräsentativ sind.

Die Kölner Sektion befand sich nämlich einerseits nicht an der Seite der Radikalen: Weder wurde hier vor 1933 ein Arierparagraph eingeführt noch wurden Juden ausgeschlossen, auch suchte der Vorstand keinen engen Schulterschluss mit den Hetzern der völkischen Bewegung. Antisemitische Äußerungen von Vorstandsmitgliedern oder Indizien für Diskriminierung im Vereinsalltag haben wir nicht auffinden können. Andererseits – und hier zeigt sich, wie der Antisemitismus in Deutschland um sich griff – nahmen die Kölner auch keine in jeder Hinsicht klare Haltung gegen die völkische Radikalisierung ein.

Dies ist umso bemerkenswerter, da in den frühen 1920er Jahren eine heftige Auseinandersetzung den Alpinismus in Deutschland und Österreich prägte. Diskutiert wurde damals, ob eine von Juden maßgeblich getragene Sektion namens „Donauland“ in Wien aus dem Alpenverein ausgeschlossen und ein Arierparagraph für alle Sektionen verbindlich eingeführt werden sollte. Die Sektion „Donauland“ war zum Rettungsanker für all jene Juden geworden, die aus in den völkischen Sektionen Österreichs zuvor ausgeschlossen worden waren. Nun hofften die Radikalen, weiteren Boden zu gewinnen und den Alpenverein insgesamt gegen die Sektion „Donauland“ aufhetzen zu können. Und sie errangen in diesem Konflikt letztlich einen wichtigen Teilsieg: Die verbindliche Einführung eines allgemeinen antijüdischen Paragraphen für alle Sektionen wurde zwar abgewehrt, aber zugleich musste „Donauland“ den Alpenverein doch verlassen. Erstmals hatte sich hier offen gezeigt, dass antisemitische Posi-

tionen mehrheits- und durchsetzungsfähig waren. Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens nahm dies zurecht als Beleg dafür, wie stark die „Gifte des Rassenhasses schon gediehen“ waren.

Bereits 1921 konnte man auch in Köln öffentlich erkennen, dass die Stimmung unter den Mitgliedern seit einiger Zeit gehrte. Eine Reihe jüdischer Sektionsmitglieder fürchteten offenbar den Vormarsch der völkischen Antisemiten und sie glaubten, auch in Köln gäbe es Anzeichen für wachsenden Antisemitismus. Die Rechtsanwälte Moritz Bing und Ludwig Cahen wandten sich in ihrer Sorge an die Kölner Stadtpresse: Zehn jüdischen Bewerbern, so ihre Auffassung, sei die Aufnahme in den Verein verweigert worden, eben aus dem einzigen Grund, dass sie Juden waren. In ihrem Leserbrief lautete es:

*„Achtung vor der religiösen Überzeugung anderer und Gerechtigkeit gegen Minderheiten sind von jeher die Eigenschaften der Kölner Bevölkerung gewesen. Man könnte glauben, daß die neueste Zeit auch hierin eine wenig erfreuliche Wendung gebracht hat, die unserer Vaterstadt nicht zum Ruhme gereicht, wenn man von folgendem Vorgange Kenntnis erhält:*

*Beim Deutsch-Österreichischen Alpenverein Sektion Rheinprovinz, hatten sich im Jahre 1921 unter etwa 150 Bewerbern christlichen Bekenntnisses etwa 10 jüdische Damen und Herren zur Aufnahme angemeldet, welche [...] sämtlich, ohne Angaben von Gründen, vom Vorstand abgelehnt wurden. Der Vorsitzende der Sektion und zwei weitere Vorstandsmitglieder gaben auf Befragen zu, daß die Nichtaufnahme auf dem grundsätzlichen Bestreben der Mehrheit des Vorstandes beruhe, keine Juden mehr in die Sektion aufzunehmen. [...] Die Versuche angesehener jüdischer Sektionsmitglieder, die Angelegenheit friedlich [...] zu ordnen [...] sind leider gescheitert.“*

Diese Vorwürfe wogen schwer. Viele jüdische Sektionsmitglieder waren in Köln weithin hoch angesehen, besaßen Einfluss und sie stützten den Verein finanziell. Das Ansehen der Sektion drohte Schaden zu nehmen. Der Kölner Vorstand wies die Anschuldigung öffentlich zurück. Der Sektionsvorsitzende erklärte gar, er würde sein Amt sofort niederlegen, fände sich innerhalb des Vorstands eine Mehrheit für die grundsätzliche Ablehnung jüdischer Bewerber. Mit dieser klaren Aussage konnte die Auseinandersetzung, die so urplötzlich in der Öffentlichkeit hochgekocht war, beruhigt und wieder aus der Welt geschafft werden. Die Beschwerdeführer Bing und Cahen zogen ihren Antrag, mit dem sie gegen den Vorstand protestierten, auf einer anberaumten Mitgliederversammlung zurück. Ihre Vereinsmitgliedschaft legten sie nicht nieder. Die Sektion wiederum hatte Schlimmeres abgewendet und einen größeren Ansehensverlust gerade noch vermieden.

Es ist durchaus davon auszugehen, dass es im Kölner Verein – wie im Alpinismus insgesamt – durchaus eine Reihe von Antisemiten gab, die mit den völkischen Kräften sympathisierten. Aber der Verein zumindest hatte sich deren Haltung offiziell nicht zu Eigen gemacht.

In den folgenden Jahren steuerten die Kölner Alpinisten einen wechselhaften Kurs. Alles schien davon bestimmt, sich nicht auf eine Richtung festlegen zu müssen. Vielleicht fürchtete man auch, der Streit um die „Donlauland“-Debatte könne noch einmal eskalieren. Obwohl das Thema drängender und die Stimmen der völkischen Radikalen innerhalb des Alpinismus immer lauter wurden, bezog man in Köln nicht noch einmal eine derartig eindeutige Stellung. Vielmehr verhielt man sich freundschaftlich nach allen Seiten: zu liberalen und judenfreundlichen Sektionen im Ruhrgebiet hielt man enge Verbindung, aber man verhandelte zugleich auch mit österreichischen Antisemiten als es darum ging, für eine neue Hütte in den Alpen

einen passenden Ort zu finden. Wie sehr jüdische Bürger das Vertrauen in den Alpenverein insgesamt verloren, lässt sich für Köln einfach zeigen: Die Zahl der aufgenommenen Juden verlief seit 1918 stark rückläufig, in den 1920er Jahren verzeichnete der Verein lediglich drei neue Eintritte. Gewiss schloss die Kölner Sektion Juden einerseits nicht aus und es lassen sich auch keine Belege für interne Diskriminierungen finden; andererseits tat der Vorstand kaum noch etwas, um das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen oder dem vorwärtsdrängenden Antisemitismus eine eindeutige Position entgegenzusetzen. Sieht man sich die erhaltenen Dokumente der Sektion an, so erstaunt man darüber, wie wenig der Verein zu einer der brennendsten Fragen der Zeit Stellung bezog.

Politik im Kleinen wie im Großen hängt immer von Menschen und deren Naturell ab. Vielleicht liegt hier eine Erklärung. 1928 nämlich übernahm Paul Canetta den Sektionsvorsitz in Köln. Er stand fest im nationalkonservativen Lager der Weimarer Republik, war vom Charakter her eine Art autoritäre Führungsfigur – wohl charismatisch, zweifellos durchsetzungsstark und vielleicht mitunter auch von herrischem Format. Canetta stand der parlamentarischen Demokratie zur Wende der 1930er Jahre gewiss – wie inzwischen viele Konservative – mit Vorbehalten gegenüber. Er trat dem Stahlhelm bei, einer jener paramilitärischen Großorganisationen, die Hitler den Weg zur Macht ebnete.

Auf einem Versammlungsabend in der Kölner Wolkenburg 1934 – Hitler war gerade ein Jahr an der Macht – gedachte Canetta – wie das Protokoll festhielt – den „grundlegenden Veränderungen im Deutschen Vaterland seit Januar 1933“ mit einem „dreifachen Siegheil auf Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler.“ Die Kölner Sektion präsentierte sich seit der Machtübergabe an Hitler Ende Januar 1933 nun zwar nicht gleich völlig auf Linie der völkischen Ideologie, aber den veränderten Verhältnissen in der neuen Diktatur passte sich der Verein – wie so viele in Deutschland – umstandslos an.

Mit der rassistischen NS-Diktatur kam nun schlussendlich auch der Arierparagraph, um den die Alpinisten mehr als ein Jahrzehnt lang so heftig gerungen hatten. § 2 der neuen Satzung vom Januar 1934 hielt fest: „Wer Mitglied der Sektion werden will, muß arischer Abstammung sein.“ Für Juden, die im Weltkrieg auf deutscher Seite gekämpft oder Söhne im Krieg verloren hatten, galt eine Ausnahmeregelung; sie durften zunächst bleiben. Fünf jüdische Mitglieder fielen in Köln unter diese Bestimmung. Eine weitere Satzungsänderung vom Juli 1936 beseitigte auch diese Ausnahmeregelung. Mit Moritz Bing schied das letzte jüdische Mitglied am 9. Juli 1937 aus der Sektion aus. Jetzt war der Kölner Alpenverein endgültig – wie es im Duktus der Zeit hieß – „judenrein“.

Für beide Satzungsänderungen liegen uns die Protokolle der Mitgliederversammlungen in der Kölner Wolkenburg vor. Es war jeweils zwar nur ein Bruchteil aller Mitglieder erschienen, aber über deren Abstimmung wurde ausdrücklich vermerkt: „Es meldet sich niemand zum Wort!“

Noch 1932 hatte man im Verein den plötzlichen Tod von Dr. Josef Albersheim – eines der noch verbliebenen jüdischen Mitglieder – „durch Erheben von den Sitzen“ betrauert. Nun, nur wenige Jahre später, war der Eintritt in den Verein für jüdische Staatsbürger unmöglich gemacht. Es ist deshalb erstaunlich und wohl umso bedrückender, dass sich gegen den Ausschluss jüdischer Bürger offenkundig keine Gegenwehr formierte oder auch bloß eine einzige Stimme des Protests erhob. Nichts deutet daraufhin, dass die „Gleichschaltung“ der Sektion – wiederum einer dieser gefährlichen Begriffe der damaligen Zeit – seitens des Vorstands oder der einfachen Mitglieder von Widerwillen oder gar Ablehnung begleitet gewesen

wäre. Es scheint beinahe so, als habe die fatale Entwicklung seit der Jahrhundertwende hier ihren fast folgerichtigen Abschluss gefunden.

Die Lebensläufe jüdischer Sektionsmitglieder nachzuverfolgen, heißt, sie durch das große Verbrechen des 20. Jahrhunderts zu begleiten. Jüdische Bürger, die sich bislang mit außerordentlichem Engagement für den Verein und für ihre Stadt insgesamt eingesetzt hatten, verloren ihren Beruf, den Besitz, ihr Ansehen, die Freunde, Heimat, manche ihr Leben. Die Mehrheit der jüdischen Sektionsmitglieder mussten mit ihren Familien Deutschland frühzeitig verlassen: Viele, wie der Unternehmer Eduard Isaac, den man 1937 zum Verkauf seines Besitzes gezwungen hatte, oder die Rechtsanwälte Eugen Rosenberg und Oskar Eliel emigrierten nach Palästina. Manche – wie die Familie Albersheim oder die Unternehmerfamilie Tietz – flohen in die USA. Ihre Nachkommen sind meist nicht nach Deutschland zurückgekehrt. Manche der Kinder und Enkel haben uns von der Flucht ihrer Eltern und Großeltern noch berichtet. Ältere jüdische Vereinsmitglieder sahen sich am Lebensabend nicht nur mit der Enteignung ihres Besitzes konfrontiert, sie wurden von ihren Mitbürgern auch aus den Gemeinschaften und Vereinen gestoßen, denen sie jahrelang angehört hatten. Einige Sektionsmitglieder wurden ermordet. Fast alle Familien, deren Wege wir verfolgt haben, verloren Angehörige im Holocaust. Der Kölner Bankier Philipp Josef Stern nahm sich im Angesicht der drohenden Deportation in den letzten Monaten des Kriegs das Leben. Mindestens ebenso eindrücklich ist es, wenn sich Spuren eines Menschen plötzlich verlieren. Viele jüdische Sektionsmitglieder, deren Namen, Geschäfte und Wohnorte wir zum Beispiel in alten Adressbüchern der 1920er oder frühen 1930er Jahre noch finden, tauchen später scheinbar nirgends mehr auf. Ob sie rechtzeitig fliehen konnten, ermordet wurden oder in einem Versteck überlebten, ist und bleibt vielleicht auch in Zukunft ungewiss. Wir sollten über Menschen und ihre Schicksale nicht spekulieren.

Die Verantwortung der Einzelnen für Unrecht und Verbrechen zeigt sich im Kleinen des Alltags. Die Ideologie des Nationalsozialismus hatte teils mit bürokratisch verhüllter, oft genug aber offen zur Schau gestellter Brutalität wüten können, weil sich die Deutschen dem nicht entschieden genug widersetzen. Nicht alle Deutschen zählten zu den fanatischen Nationalsozialisten oder waren glühende Antisemiten, ganz vereinzelt leisteten sie tatsächlich entschiedenen Widerstand gegen das Unrecht. Aber die Mehrheit ließ die Diktatur und ihr Unrecht zu, weil das Regime wirtschaftliche Prosperität versprach und die „Volksgenossen“ mit vielfältigen Möglichkeiten der Teilhabe lockte.

Verantwortung zeigt sich in der Alltäglichkeit, dort wo sich Menschen zusammenfinden und soziale Gemeinschaft konkrete Praxis ist. In der Geschichte des Kölner Alpenvereins spiegeln sich gewissermaßen die großen gesellschaftlichen Abläufe im Kleinen. Juden waren hier über Jahrzehnte gut integriert. Obgleich sie eine Minderheit stellten, hatten sie den Verein getragen und ihn mitgestaltet. Als es darum ging, sie vor Anfeindungen zu verteidigen, zeigte sich die Mehrheit allerdings halbherzig. Schließlich nahm man ihren Ausschluss hin, ja in vorausseilendem Gehorsam unternahm man nicht einmal einen Versuch, ihn abzuwenden.

Die Ausgrenzung der Juden in Deutschland brach nicht mit der sogenannten „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten gewissermaßen urplötzlich herein. Sie begann – wie gerade auch am Beispiel des Alpinismus deutlich wird – Jahrzehnte vorher. Es wäre die Aufgabe gerade der moderaten Kräfte und der Liberalen gewesen, sich gegen das Vordringen der Radikalen zur Wehr zu setzen. Dass dies vielfach nicht ausreichend geschah, zeigt auch

unser Beispiel. Darin liegt – das wissen wir heute – ein Versagen von historischer Bedeutung.

Heute benennen wir diese Verantwortung. Wir arbeiten sie auf. Wir stehen aber auch in einer zivilgesellschaftlichen Verpflichtung, die sich aus der Geschichte ergibt: Wir sind aufgerufen, Intoleranz und Hass frühzeitig als solches zu erkennen, zu benennen und den Hetzern entgegenzutreten. Der Alpinismus – das kann ich auch als Außenstehender sagen – nimmt heute seine Verantwortung wahr. Der Hauptausschuss des Deutschen Alpenvereins hat im März 2001 eine Proklamation verfasst, in der es u.a. lautet:

„Es gilt all jener Frauen und Männer des Alpenvereins würdig zu gedenken, die einst Opfer von Ausgrenzung, Intoleranz und Verfolgung geworden sind oder die tatkräftig gegen derartige Entwicklungen angekämpft haben. In einer Zeit, in der in Deutschland wieder Fremdenhass, Gewalt und Intoleranz um sich greifen, gilt es, den Anfängen zu wehren.“

Gerade Heute, 15 Jahre später, zeigt sich wieder, dass unsere Anstrengungen nicht erlahmen und nicht ermüden dürfen. Gegen alte und neue Ressentiments anzugehen, ist eine wichtige aktuelle Aufgabe, die sich fast alltäglich stellt. Wenn unsere kleine Broschüre mit ihrem schweren Thema zumindest einen Beitrag hierzu leistet, dann haben wir unser Ziel erreicht.

Vielen Dank!

Dr. André Postert